

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsübersicht des 115. Landesparteitages der FDP Hamburg

02. April 2022

#fdpHH115

Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
LA2201/01	Hamburgs Antwort auf den Ukraine Krieg: Was wir für eine sichere und verlässliche Zukunft tun müssen Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg	1
SÄ2201/01	Anpassung der Beitragsstaffel der Beitrags- und Finanzordnung des Landesverbandes Hamburg nach den Vorgaben des Bundesverbandes Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg	7
SÄ2201/02	Einführung virtueller Landesparteitage Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg	9
SÄ2201/03	Ombudsmitglieder für die FDP Hamburg Junge Liberale Hamburg, Carl Cevin-Key Coste	12
GOÄ2201/01	Änderung der Geschäftsordnung des FDP Landesverbandes Hamburg Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg	15
GOÄ2201/02	Änderung der Geschäftsordnung des FDP Landesverbandes Hamburg Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg	17
A2201/01	Wohnen und Arbeiten neu denken - Flexible Erweiterungen des Wohnraums auch in Hamburg ermöglichen LFA 11 Stadtentwicklung und Wohnen	19
A2201/02	Aus Fehlern lernen: Taiwan muss frei bleiben! Junge Liberale Hamburg	22
A2201/03	Keine Werbung für Unrechtsregime - WM 2022 boykottieren Junge Liberale Hamburg	24
A2201/04	Erst denken, dann kaufen – Sicherstellen einer zukunfts- und konflikt-sicheren Beschaffung Olaf Steffen, Hans-Christian von Arnim , Claus Krumrei, Andreas Moring, Theresa Bardenhewer , Rolf Reincke, Marcell Boltz, Nicky Merl, Wolf-Achim Wiegand, Verner Mertins, Philipp Wünschel, Ove Rybka, Robert Seifke, Dirk Stegemeyer, Eva Kuhlmann, Burkhardt Müller-Sönksen, Wiebke Köhler	28
A2201/05	Handlungsfähigkeit der Luftwaffe sichern – Zeitgemäßer Ersatz des Tornado Hans-Christian von Arnim, Olaf Steffen, Claus Krumrei, Andreas Moring, Theresa Bardenhewer, Rolf Reincke, Jannik Reisberg, Marcell Boltz, Nicky Merl, Wolf-Achim Wiegand, Verner Mertins, Philipp Wünschel, Ove Rybka, Robert Seifke, Dirk Stegemeyer, Eva Kuhlmann, Jacob Schwartz, Wiebke Köhler	31
A2201/06	Keine Subvention für Kriegsprofiteure – Gegen Tankrabatt und Spritpreisdeckel Carl Cevin-Key Coste	35
A2201/07	„Kümmerer“ im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit stärken Liberale Senioren Hamburg, Brita Schmidt-Tiedemann, Martin Scharlach	37
A2201/08	Verkürzung der Sperrfristen – Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft! LFA 4 Kultur, Medien, Kreativwirtschaft	39

A2201/09	Auslandseinsätze LFA 1 Europa und Internationales	Seite
A2201/10	Finanzierung von Antisemitismus in Schulbüchern beenden Eva Kuhlmann, Carolin Hümpel, Anna von Treuenfels-Frowein MdHB, Philipp Ostsieker, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Christian von Arnim, Rolf Reincke, Verner Mertins, Ulrike Cramer-Schmiegel, Dirk Stegemeyer, Wiebke Köhler, Gabriele Ricke, Constantin Bonfert, Dr. Sigrid Reuter, Jutta Krümmer, Rüdiger Schmitz, Ayoub Nejim	46
A2201/11	Verbot der „Grauen Wölfe“ und ihrer Symbole Eva Kuhlmann, Carolin Hümpel, Anna von Treuenfels-Frowein MdHB, Carl Cevin-Key Coste, Timo Fischer, Fabrice Henrici, Joshua Blaurock, Philipp Ostsieker, Burkhardt Müller-Sönksen, Jannik Reisberg, Hans- Christian von Arnim, Rolf Reincke, Verner Mertins, Ulrike Cramer- Schmiegel, Dirk Stegemeyer, Wiebke Köhler, Gabriele Ricke, Constantin Bonfert, Dr. Sigrid Reuter, Jutta Krümmer, Rüdiger Schmitz, Ayoub Nejim, Daniel Oetzel	49
A2201/12	Zurück zu stabilem Geld! Inflation bekämpfen, Ausgaben begrenzen, Schuldenbremse einhalten Matthias Still, Hendrik Korb	53

1
2
3
4
5 **Antragsteller: Landesvorstand**
6
7

Drs.: LA2201/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

8
9
10
11
12
13 **Hamburgs Antwort auf den Ukraine Krieg: Was**
14 **wir für eine sichere und verlässliche Zukunft**
15 **tun müssen**

16 Der Landesparteitag möge beschließen:

17 Der Krieg in der Ukraine hat eine neue Welt geschaffen. Mitten in Europa überfällt
18 eine militärische Macht ein anderes Land, um den Menschen dort Freiheit, Selbstbe-
19 stimmung, Sicherheit und sogar das Leben zu nehmen, einen Staat zu zerstören.

20 Wir Freie Demokraten verurteilen das Vorgehen der russischen Regierung aufs
21 Schärfste und erklären unsere volle Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölke-
22 rung. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und
23 Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit
24 militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern. Wir Freien Demokraten stehen fest
25 und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde.

26 Wir teilen die Werte der Demokratie, Freiheit und des Friedens. Diese Werte und die
27 Menschen die dafür eintreten, werden wir niemals aufgeben. Wir unterstützen die
28 gegen die russische Regierung verhängten und in ihrer Schwere und Bedeutung
29 beispiellosen Sanktionen, auch wenn besonders Hamburg als Wirtschafts- und
30 Handelsmetropole hier besonders betroffen ist. Wir Freie Demokraten danken den
31 vielen meistens ehrenamtliche und privaten Initiatoren von verschiedenen Hilfsmaß-
32 nahmen in Hamburg und allen, die sich daran beteiligen und die Initiativen tragen für
33 ihr Engagement und ihren Hilfswillen. Wir danken ebenso den Mitarbeitern der
34 Hamburger Verwaltung und von Hilfsorganisationen für ihren Einsatz in diesen ange-
35 spannten wie teils unvorhersehbaren Zeiten und Umständen.

36 Auf diese neue Situation in der Welt, in Europa müssen wir uns einstellen. Nicht
37 irgendwo, sondern hier in Hamburg, der Freien und Hansestadt, unserer Heimat.

38

39 Dafür fordert die FDP den Hamburger Senat, alle demokratischen Parteien in der
40 Hamburgischen Bürgerschaft und im Deutschen Bundestag auf, folgende Punkte
41 kurz- und mittelfristig umzusetzen.

42

43 1. Alle Maßnahmen und Vorkehrungen zum militärischen Schutz Hamburgs und der
44 Metropolregion sind zu überprüfen, zu evaluieren und auf den aktuellen Stand zu
45 bringen.

46 2. Hamburg hat eine wirtschafts- und sicherheitspolitische exponierte strategische
47 Lage in Mittel- und Nordeuropa als Knotenpunkt für Handel, Transport und Ver-
48 sorgung. In der Metropolregion leben mehrere Millionen Menschen. Deswegen
49 muss Hamburg auch eine wichtige Rolle bei allen strategischen Schutz- und
50 Stabilitätsmaßnahmen spielen. Im Rahmen der unter Ziff. 1 geforderten Evaluati-
51 onen und Aktualisierungen ist daher insbesondere die territoriale Verteidigung
52 Hamburgs auf den Prüfstand zu stellen. Wieder eingetretene Bedrohungslagen
53 können die Wiedereinrichtung bzw. den Ausbau von Standorten kämpfender
54 Truppe in der Metropolregion Hamburg erfordern. Dabei sind insbesondere die
55 militärische Schlagkraft der "Heimatschutzkompanie Hamburg" (freiwilliger Wehr-
56 dienst) zu bewerten und Einheiten freiwillig Wehrdienstleistender ggf. personell
57 und ausrüstungsmäßig entsprechend auszubauen.

58 3. Der Zivilschutz spielt eine ebenso große Rolle für Sicherheit und Stabilität wie der
59 militärische Schutz. Deswegen sind auch hier alle Maßnahmen und Vorkehrun-
60 gen zum zivilen Schutz Hamburgs und der Metropolregion zu überprüfen, zu eva-
61 luieren und auf den aktuellen Stand zu bringen.

62 4. Schutzübungen spielen eine entscheidende Rolle, bei der Vorbereitung auf even-
63 tuelle Ernstfälle. Diese können militärischer Natur sein, es kann aber auch um
64 Angriffe auf die (digitale) Infrastruktur und die Versorgungsinfrastruktur gehen
65 oder um Naturkatastrophen. Die letzten Schutzübungen in Hamburg haben hier
66 in Teilen große Defizite gezeigt. Hamburg muss daher eine eigene Strategie für
67 Schutzübungen entwickeln, wann und wie diese durchzuführen, auszuwerten und
68 anzupassen sind.

69 5. Grundsätzlich wichtig für den militärischen wie auch den zivilen Schutz ist die
70 Ausrüstung. Deswegen müssen alle Einheiten und Institutionen Hamburgs mit

- 71 Bezug zu und Verantwortung für Schutzaufgaben mit ausreichender, einsatzfähiger
72 und modernster Ausrüstung für ihren Auftrag ausgestattet werden.
- 73 6. Energiesicherheit ist die unabdingbare Grundlage für ein funktionierendes und
74 stabiles Gemeinwesen, gerade in einer Metropolregion wie Hamburg. Schutz-
75 und Notfallpläne, wie auch entsprechende Simulationen und Übungen für die Si-
76 cherheit der Energieversorgung müssen deshalb schnellstens überarbeitet und
77 wo noch nicht vorhanden erarbeitet werden.
- 78 7. Zur Versorgungs- und Energiesicherheit gehört eine stabile Versorgung mit dem
79 Energieträger Wasserstoff. Der Hamburger Hafen und die dortige Industrie und
80 Infrastruktur bieten beste Voraussetzungen, um Hamburg zu einem europäischen
81 Zentrum für LNG und Wasserstoff zu machen. Das ist nicht nur eine wirtschafts-
82 politisch sinnvolle Ausrichtung, sondern auch sicherheitspolitisch geboten.
- 83 8. Zur Sicherung der Energieversorgung in Hamburg hat nach unserer Meinung das
84 Kraftwerk in Moorburg eine besondere Bedeutung. Der Rückbau des Kraftwerks
85 sollte sofort gestoppt, ein Kraftwerksblock wieder ertüchtigt und in die Reserve
86 überführt werden. Hier muss zudem dringend geprüft werden, wie die sogenann-
87 te CCS-Technologie (Carbon Capture Storage) für das Kraftwerk Moorburg um-
88 setzbar ist, um mehr Unabhängigkeit und gleichzeitig Klimaneutralität zu errei-
89 chen. Das ist besser und sinnvoller, als der Betrieb von neuen Gaskraftwerken in
90 (Nord-)Deutschland, die von russischer Versorgung abhängig sind. Hierfür sind
91 die CCS-Potenziale der dafür nutzbaren Kaverne in Hamburg Bergedorf umge-
92 hend zu prüfen und entsprechend zu genehmigen.
- 93 9. Gleiches gilt für den Ausbau von erneuerbaren Energien. Hier muss Hamburg die
94 Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Bundesländern verstärken und
95 den Ausbau der Energieförderung aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne
96 und Wasserkraft vorantreiben.
- 97 10. Zu der Bedrohung durch analoge militärische Angriffe ist in den letzten Jahren die
98 reale Gefahr von technologischen und digitalen Angriffen und Sabotageakten ge-
99 treten. Diese kommen vor allem aus Russland und China. Der Bereich der soge-
100 nannten „Cyber Sicherheit“ ist in Deutschland und Hamburg bisher vernachlässigt
101 worden. Um die systemrelevante Infrastruktur in Deutschland und Hamburg zu
102 schützen, muss hier investiert und müssen die notwendigen Fähigkeiten aufge-
103 baut und gestärkt werden.
- 104 11. In dem oben genannten Zusammenhang sollten KI basierte Systeme zur Gefah-
105 ren Detektion und Risikoabschätzung eingesetzt werden. Diese können anhand
106 von Datenauswertung aus verschiedenen Quellen und Zusammenhängen poten-

- 107 zielle Bedrohungen erkennen, bevor die Zeit zum Reagieren abgelaufen ist. Hier-
108 bei ist darauf zu achten, dass bei diesen Maßnahmen die Persönlichkeits- und
109 Bürgerrechte aller Menschen berücksichtigt und geschützt bleiben. Deshalb ist
110 hier in erster Linie auf die Nutzung von nicht personenbezogenen Daten, öffent-
111 lich zugänglichen Daten und Metadaten zu setzen.
- 112 12. Wichtig ist für uns Freie Demokraten, dass alle geforderten Maßnahmen zu
113 Schutz und Vorbereitung in Verbindung mit der notwendigen Anpassung an und
114 den Schutz vor dem Klimawandel in Hamburg und der Metropolregion gedacht,
115 konzipiert und realisiert werden. Deswegen kommt es hier auf eine enge Koordi-
116 nation der beteiligten Entscheidungsträger in den Bezirken, im Land und im Bund
117 an, um effizient und effektiv auf die Herausforderungen für Hamburgs Sicherheit
118 zu reagieren.
- 119 13. Priorität hat für uns Freie Demokraten die angemessene Unterbringung der Men-
120 schen, die als Kriegsgeflüchtete zu uns kommen. Hierzu muss der Hamburger
121 Senat die Koordinierung und die weitere Vorbereitung in die Hand nehmen. Die
122 Erfahrungen aus den Jahren 2015 und 2016 müssen hierfür genutzt werden. Als
123 erster Schritt muss der Hamburger Krisenstab temporär ausgebaut werden, mit
124 den Fachleuten, die für die Bewältigung der Fluchtfolgen das notwendige Know-
125 How mitbringen. Dazu sollten ausdrücklich auch Fachleute im Ruhestand aktiviert
126 und ermuntert werden.
- 127 14. Die Aufnahme von Geflüchteten in Hamburg muss unbürokratisch und schnell
128 von Statten gehen. Unerlässlich ist hierbei jedoch eine Registrierungspflicht und
129 eine Identitätsfeststellung. Niemand von denen, die zu uns kommen, darf verlo-
130 ren gehen oder verschwinden. Zur Registrierung und Dokumentation sollten
131 digitale Möglichkeiten genutzt werden, die es in der Hamburger Verwaltung zu-
132 mindest an einigen Stellen bereits gibt. Hier wird (wieder einmal) deutlich, welche
133 besondere Bedeutung der konsequenten Digitalisierung von Behördenprozessen
134 in Hamburg zukommt.
- 135 15. Bei der Unterbringung rufen wir die Bezirke dazu auf, mit eigenen Initiativen und
136 Verwaltungshilfe aktiv zu werden. Die Bezirke sollen initiativ Flächen und Liegen-
137 schaften für die Unterbringung von Geflüchteten vorschlagen. Dabei ist einer de-
138 zentralen Unterbringung in mittlerer Größe mit ca. 300 Personen im Vergleich zu
139 Massenunterkünften der Vorzug zu geben. Vor allem muss es eigene Unterbrin-
140 gung für Frauen mit Kindern geben.
- 141 16. Wir Freie Demokraten fordern den Hamburger Senat und die Bezirke auf Welco-
142 me-Patenschaften und ehrenamtliche Hilfe für Geflüchtete und die Unterbringung

- 143 bei der ukrainischen Diaspora in Hamburg bestmöglich und effektiv zu unterstüt-
144 zen. Die Unterbringung bei „Landsleuten“ erleichtert das Zurechtfinden in einer
145 neuen Umgebung und vermittelt das Gefühl von Sicherheit.
- 146 17. Die sogenannten „Bürgerverträge“ Hamburgs mit den Bezirken müssen sofort
147 evaluiert und an die neue Lage angepasst werden. Es muss dringend geprüft
148 werden, welche bestehenden Möglichkeiten zu Unterbringung und Hilfe weiter
149 genutzt werden können und müssen.
- 150 18. Kriegsgeflüchtete in Hamburg müssen ein umfassendes Impfangebot gegen
151 Corona bekommen.
- 152 19. Kinder und Jugendliche brauchen Betreuung und Bildung. Hier liegt die Priorität
153 darauf, dass ukrainische Jungen und Mädchen möglichst von Lehrer/innen in ih-
154 rer Muttersprache und nach dem für sie gewohnten Lehrplan unterrichtet werden.
155 Bei absehbar längerfristiger Aufenthaltsperspektive müssen die Schüler/innen in
156 bestehende Schulen und Klassen integriert werden. Student/innen sollten den
157 Status von Gasthörer/innen an Hamburger Universitäten und Hochschulen be-
158 kommen. Für alle sollten Sprach und Integrationskurse angeboten werden.
- 159 20. Der Zugang zum Hamburger Arbeitsmarkt muss für Ukrainer/innen erleichtert
160 werden, wenn diese Menschen nachweisbar hier eine Arbeitsstelle antreten kön-
161 nen. Hierbei sollte sich Hamburg besonders auf Bereiche mit bestehendem
162 Fachkräftemangel in Deutschland und Hamburg fokussieren. Grundsätzlich soll-
163 ten natürlich alle geflüchteten Menschen aus der Ukraine temporär oder länger-
164 fristig eine Arbeit zum eigenen Unterhalt aufnehmen können, wenn sie eine An-
165 stellung finden bzw. ihnen diese angeboten wird.
- 166 21. Wir Freie Demokraten treten entschieden jeder Art von Cancel Culture oder „Ver-
167 geltung“ gegenüber russischstämmigen Menschen in Hamburg entgegen. Diese
168 Mitbürger/innen sind in der übergroßen Mehrzahl gegen den Krieg in der Ukraine
169 und dürfen nicht als „Sündenböcke“ für Wut und Ohnmacht gegenüber der russi-
170 schen Regierung und Militärmaschinerie herhalten.
- 171 22. Gerade in diesen Zeiten müssen wir die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit
172 mit russischen Partnern beibehalten und beispielsweise die Städtepartnerschaft
173 Hamburgs mit St. Petersburg in Bezug auf die dortige Zivilgesellschaft aufrecht
174 erhalten. Die Kontakte zu politischen Verantwortungsträgern in St. Petersburg
175 sollten dagegen temporär ausgesetzt werden.
- 176 23. Darüber hinaus sollte sich Hamburg aktiv um den Aufbau einer neuen Städte-
177 partnerschaft in der Ukraine bemühen und diese als Zeichen der Solidarität und

- 178 der europäischen Zusammengehörigkeit vorantreiben. Hier bieten sich Partner-
179 schaften zu den Hafenstädten Odesa oder auch Mariupol an.
- 180 24. Ein Beitritt der Ukraine (wie auch von Georgien und Moldau) zur Europäischen
181 Union wird von uns Freien Demokraten begrüßt und unterstützt. Sobald die dafür
182 von der EU festgelegten Kriterien erfüllt sind, sollte der Ukraine der Status eines
183 Beitrittskandidaten gegeben werden. Sonderregelungen lehnen wir, trotz der
184 Kriegssituation, hier aber ab. Gleiches gilt für einen NATO-Beitritt, wenn er von
185 der Ukraine und anderen Ländern gewünscht wird. Jedes Land hat das Recht in
186 freier Selbstbestimmung seine Bündnisse und Partner zu wählen.
- 187 25. Die FDP Hamburg ist zudem bestrebt Partnerschaften zu den liberalen Kräften in
188 der Ukraine, die zur ALDE Familie in Europa gehören, auf regionaler Ebene auf-
189 und auszubauen, in erster Linie mit den Parteien Holos und Sluga Narodu („Die-
190 ner des Volkes“) des Präsidenten Wolodomir Selenski und ebenso mit den libera-
191 len Parteien Civic Position, European Party of Ukraine und Syla Lyudev.
- 192 26. Ebenso gilt es den Wiederaufbau des Wissenschaftsbetriebs in der Ukraine auch
193 aus Hamburg heraus zu fördern. Über die sogenannte „Wissenschaftsbrücke“
194 sollten Hamburger Hochschulen mittel- und langfristig ihren Kolleg/innen in der
195 Ukraine nach dem Krieg beim Neuanfang helfen.
- 196 27. In Deutschland und Hamburg ist in diesem Bereich die sogenannte „Zivilklausel“
197 an Hochschulen zu überarbeiten. Die Prämisse, dass zivile Forschung niemals
198 für militärische Anwendungen genutzt werden darf, ist nicht mehr zeitgemäß und
199 sinnvoll.

200

201 **Begründung:**

202

203 Erfolgt mündlich

115. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. SÄ220101

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg

Anpassung der Beitragsstaffel der Beitrags- und Finanzordnung des Landesverbandes Hamburg nach den Vorgaben des Bundesverbandes

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Beitragsstaffel in § 8 Absatz 3 der Beitrags- und Finanzordnung des Landes-
2 verbandes Hamburg wird durch folgende Fassung ersetzt:

3

4 „Es sind nach folgender Einkommensstaffel monatlich mindestens zu entrichten:

5

6	Stufe	Bruttoeinkünfte	Betrag
7	A	in Ausbildung *	5,00 Euro
8	B	bis 2.600 Euro	10,00 Euro
9	C	2.601 bis 3.600 Euro	16,00 Euro
10	D	3.601 bis 4.600 Euro	24,00 Euro
11	E	über 4.600 Euro	36,00 Euro

12 * Stufe A umfasst bei entsprechendem Nachweis Schülerinnen und Schüler,
13 Studierende und in einer Berufsausbildung befindliche Personen, sowie Frei-
14 willigendienstleistende höchstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres.

15

16 Abweichend von Stufe A kann der Landesvorstand im Rahmen der Beteiligung an
17 Programmen der Bundespartei zu Fördermitgliedschaften für Mitglieder, die zum
18 Zeitpunkt ihrer Aufnahme das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, einen
19 Beitrag in Höhe von monatlich 1,00 Euro festlegen.“

Begründung:

Der Bundesparteitag hat am 26. April 2019 den monatlichen Mindestbeitrag für Auszubildende auf 5 Euro festgelegt. Diese Beitragsstufe ist für die Landesverbände verbindlich und ist seit dem Bundesparteitagsbeschluss ständige Praxis in der Beitragserhebung durch den Landesverband. Mit der Neufassung der Beitragsstaffel wird die Beitrags- und Finanzordnung nach den Vorgaben der Bundespartei angepasst. Die bisherigen Beitragsstufen A bis D erhalten die Bezeich-

nungen B bis E und werden hinsichtlich der Einkommensgrenzen und der Beitragshöhe nicht verändert.

Die Beitragsstaffel wird im Nachsatz um die bereits in Hamburg praktizierten Fördermitgliedschaften ergänzt.

115. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. SÄ220102

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Landesverband Hamburg

Einführung virtueller Landesparteitage

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Art. I

2

3 Hinter § 9 Abs. (3) der Landessatzung wird angefügt:

4

5 "(3a)

6 Auf Beschluss des Landesvorstands kann ein Landesparteitag auch als virtueller

7 Parteitag einberufen werden, an dem einzelne oder alle Mitglieder ohne Anwe-

8 senheit am Versammlungsort durch zeitgleiche Bild- und Tonübertragung teilneh-

9 men und ihre Mitwirkungsrechte, insbesondere das Rederecht und das Recht auf

10 Stimmrechtsausübung, im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben."

11

12 Art. II

13

14 Hinter § 12 Abs. (6) der Geschäftsordnung des Landesverbandes wird angefügt:

15

16 "(6a)

17 Statt eines virtuellen Parteitags ist ein Präsenzparteitag einzuberufen, wenn dies

18 schriftlich beantragt wird:

19

20 1. durch Beschlüsse der Vorstände von mindestens drei Bezirksverbänden,

21

22 2. durch Beschlüsse der Vorstände von mindestens sieben Kreisverbänden,

23

24 3. von mindestens 100 Mitgliedern des Landesverbandes.

25

26 Der Antrag muss innerhalb einer Woche nach der Einberufung des virtuellen Par-

27 teitags beim Präsidium des Landesparteitages eingehen. In diesem Fall wird der

28 Landesparteitag nach Abs. (6) neu einberufen.

29 Mindestens einmal im Kalenderjahr muss ein Landesparteitag als Präsenzpartei-
30 tag stattfinden, wenn dem nicht zwingende Gründe entgegenstehen."

Begründung:

Der 114. Landesparteitag hat an den Landesvorstand den folgenden Beschluss adressiert:

"Präsenzmitgliederversammlung als Leitbild

Die Präsenzmitgliederversammlung wird als Leitbild behalten soweit Wahlen zu Parteiorganen und Kandidatenaufstellungen für öffentliche Wahlen vorzunehmen sind.

Im Übrigen wird der Landesvorstand aufgefordert, eine Änderung der Hamburger Landessatzung und ggf. ihrer Ordnungen zu erarbeiten und einzubringen, mit der virtuelle Sitzungen entsprechend den Regelungen für Bundesparteitage in der Bundessatzung möglich werden."

Mit dem hier vorliegenden Antrag kommt der Landesvorstand dieser Aufforderung nach.

Der Antragstext überträgt die aktuelle Regelung für virtuelle Bundesparteitage nach § 12 Abs. 2a der Bundessatzung auf Hamburger Verhältnisse. Die grundsätzliche Regelung und die Bestimmungen im Einzelnen wurden auf die Landessatzung und die Geschäftsordnung des Landesverbandes aufgeteilt. Die Widerspruchsmöglichkeiten wurden den Hamburger Regelungen für die Einberufung eines Sonderparteitags entsprechend angepasst.

Eines gesonderten Ausschlusses von Wahlen zu Parteiorganen bedurfte es wie auch in der Bundessatzung nicht, weil § 15 Abs. (2) des Parteiengesetzes die geheime Wahl für Vorstände und Delegierte höherer Parteitage vorschreibt und nach derzeitiger Rechtsmeinung eine geheime Wahl in virtueller Abstimmung nicht gewährleistet ist. Gleichwohl wäre auch nach Änderung der Satzung in Notfalllagen nicht ausgeschlossen, aufgrund besonderer gesetzlicher Ermächtigungen de lege ferenda virtuelle Wahlen vorzunehmen.

Versammlungen für Kandidatenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen werden nicht berührt.

115. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. SÄ220103

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg, Carl Cevin-Key Coste

Ombudsmitglieder für die FDP Hamburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 T A. Die Satzung der FDP Hamburg wie folgt zu ändern:

2 1. § 9 Abs. 7 a) wird ersetzt durch

3 a) die jährliche Entgegennahme des Geschäfts- und des Finanzberichtes des
4 Landesvorstandes, die eine Woche vor der betreffenden Sitzung des Landespar-
5 teitages in der Landesgeschäftsstelle für dessen Mitglieder zur Einsichtnahme
6 ausliegen müssen, des Rechnungsprüfungsberichtes der Revisoren und des Be-
7 richts der Ombudsmitglieder;

8

9 2. Als neuer § 9 Abs. 7 d) ff) wird eingefügt

10 der Ombudsmitglieder,

11

12 3. Als neuer § 16 Abs. 1a wird eingefügt:

13 (4a) Das Ombudsmitglied kann an den Sitzungen des Landesvorstandes und des
14 Präsidiums ohne Stimmrecht teilnehmen.

15

16 4. Als neuer § 17a

17

18 § 17a Ombudsmitglieder

19

20 (1) Die Ombudsmitglieder setzen sich aus zwei gleichberechtigten Ombuds-
21 mitgliedern zusammen.

22

23 (2) Die Ombudsmitglieder dürfen kein Wahlamt entsprechend dieser Satzung
24 oder der des Bundesverbandes innehaben, keine Angestellten des Bun-
25 des- oder eines Landesverbandes sein, keine Mitarbeiter von Abgeordne-
26 ten oder Fraktionen, kein Mitglied des Vorstands einer Untergliederung
27 sein, keine Vorsitzenden eines Landesfachausschusses sein, sowie keine
28 Mitglieder des Bundestages der Bürgerschaft oder einer Bezirksversamm-

29 lung sein. Sie dürfen nicht in einer der Partei nahestehenden politischen
30 Stiftung eine vergleichbare Funktion ausüben.

31

32 (3) Die Ombudsmitglieder prüfen die Behandlung, Umsetzung und Ausführung
33 der Beschlüsse der Landesparteitage, des Landesvorstandes und des Prä-
34 sidiums durch den Landesvorstand und das Präsidium. Hierzu legen sie je-
35 dem Landesparteitag eine Übersicht in geeigneter Form vor und erstatten
36 dem Landesparteitag vor der Entlastung des Landesvorstandes Bericht.
37 Darüber hinaus können die Ombudsmitglieder auf eigenem Wunsch auf je-
38 dem Landesparteitag einen mündlichen oder schriftlichen Bericht abgeben.
39 Sie führen eine fortlaufende Beschlusssammlung, in die jedes Mitglied Ein-
40 sicht nehmen kann.

41

42 (4) Die Ombudsmitglieder sind Vermittler, Vertrauenspersonen und erste An-
43 laufstelle bei Problemen, Sorgen und Konflikten innerhalb des Verbandes.
44 Sie fungieren als Ansprechpartner bei jeglicher Form von Diskriminierung
45 und bei sozialen Konflikten unter den Mitgliedern. Die Ombudsmitglieder
46 sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit sie nicht ausdrücklich mit der
47 Vermittlung gegenüber Dritten beauftragt werden.

48

49 (5) Die Ombudsmitglieder geben sich für Verfahren nach Abs. 4 eine Verfah-
50 rensordnung, die sie dem Landesvorstand zur Kenntnis übersenden. Sie ist
51 in geeigneter Weise den Parteimitgliedern zugänglich zu machen. Verfah-
52 ren nach Abs. 4 sind von den Ombudsmitglieder priorisiert und beschleu-
53 nigt zu bearbeiten. Die Verfahrensdauer soll einen Monat nicht überschrei-
54 ten. In Einvernehmen mit den Parteien dürfen zur Unterstützung Dritte hin-
55 zugezogen werden.

56

57 (6) Die Ombudsmitglieder sind zu den Sitzungen des Landesvorstandes und
58 des Präsidiums zu laden. Sie haben in den Sitzungen beider Organe Rede-
59 recht. Sie können durch Beschluss des jeweiligen Organs von einzelnen
60 Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden. Die Beschlüsse der Lan-
61 desfachausschüsse sind den Ombudsmitglieder zur Kenntnis zu geben.
62 Die Ombudsmitglieder haben jederzeit das Recht, Anfragen an den Lan-
63 desvorstand und das Präsidium zu stellen, insbesondere zur Umsetzung
64 einzelner Beschlüsse der Landesparteitage, des Landesvorstandes und
65 des Präsidiums.

66

67 (7) Die Ombudsmitglieder können geeignete Maßnahmen gegenüber Mitglie-
68 dern wegen erheblichen persönlichen Fehlverhaltens oder wegen Verstö-
69 ßen gegen die Grundsätze unseres Verbandes ergreifen, bis hin zum Aus-
70 schluss von einzelnen Veranstaltungen. Hiervon sind Landesparteitage,
71 Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen und entsprechende
72 Veranstaltungen der Untergliederungen ausgenommen. Der Beschluss
73 muss einstimmig sein und unmittelbar dem Mitglied und dem Landesvor-
74 stand begründet mitgeteilt werden. Gegen den Beschluss kann das be-
75 troffene Mitglied sich an das Landesschiedsgericht wenden. In dringenden
76 Fällen kann der Landesvorstand mit 2/3-Mehrheit den Beschluss der Om-
77 budsmitgliedern aufheben. Ein dringender Fall ist in der Regel gegeben,
78 wenn das Landesschiedsgericht nicht mehr vor der Veranstaltung über den
79 Fall entscheiden kann. Die Zuständigkeit des Landesschiedsgerichtes
80 bleibt unberührt.

81

82 B. Übergangsregelung:

83 Für den Zeitraum bis zur ersten turnusgemäßen Wahl der Ombudsmitglieder wer-
84 den die Aufgaben entsprechend von den vom Landesvorstand bestellten Vertrau-
85 enspersonen Eva Parbs und Joachim Tillessen wahrgenommen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Antragsteller:
Landesvorstand FDP
Landesverband Hamburg

Drs.: GOÄ2201/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Änderung der Geschäftsordnung des FDP Landesverbandes Hamburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streiche § 4 Absatz (3) Satz 2 der Geschäftsordnung des Landesverbandes.

Ersetze in Satz 3 "nach Zugang" durch "nach Aufforderung durch die Landesgeschäftsstelle".

Begründung:

Mit dieser Änderung soll die gängige Praxis im Aufnahmeverfahren geregelt werden, nach der Aufnahmeanträge nach Überprüfung der Beitragsangaben durch den Landesschatzmeister an die Untergliederungen und den Landesvorstand weitergeleitet werden. Der weitere Ablauf ist dann in der Geschäftsordnung des Landesvorstands durch diesen zu regeln. Der Antrag wurde bereits durch den Landesvorstand am 30. September

- 31 2019 gestellt, wegen der Pandemielage und der Bundestagswahl bislang aber nicht auf die
- 32 Tagesordnung genommen.

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Landesvorstand FDP**

7 **Landesverband Hamburg**

8

9

Drs.: GOÄ2201/02

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13

14 **Änderung der Geschäftsordnung des FDP**
15 **Landesverbandes Hamburg**
16

17

18

Der Landesparteitag möge beschließen:

19

20 § 7 der Geschäftsordnung des Landesverbandes wird aufgehoben und wie folgt neu gefasst:

21

22 „Ende der Mitgliedschaft

23

24 Die Mitgliedschaft endet

25

26 a) durch Ausschluss aufgrund rechtskräftiger schiedsgerichtlicher Entscheidung
27 entsprechend den Satzungen des Bundes- und Landesverbandes;

28

29 b) durch Tod, Austritt und in den weiteren in der Bundessatzung geregelten Fällen."
30

31 § 9 Abs. (1) und (2) der Geschäftsordnung des Landesverbandes werden gestrichen. Die
32 Nummerierung der Abs. (3) bis (5) wird entsprechend neu gefasst.

33

34 Begründung:

35

36 Mit dieser Änderung wird die Geschäftsordnung des Landesverbandes an die vom 70.
37 Bundesparteitag geänderten Regelungen zum Ende der Mitgliedschaft in der Bundessatzung
38 angepasst. Auf die Aufzählung der weiteren einzelnen Beendigungsgründe wird verzichtet.
39 Mit Verweis auf die Bundessatzung werden künftige Anpassungen in dieser Hinsicht
40 entbehrlich. Der Antrag wurde bereits durch den Landesvorstand am 30. September 2019
41 gestellt, wegen der Pandemielage und der Bundestagswahl bislang aber nicht auf die
42 Tagesordnung genommen.

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **LFA 11 Stadtentwicklung und Wohnen**

7

8

9

Drs.: A2201/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13

14 **Wohnen und Arbeiten neu denken -**

15 **Flexible Erweiterungen des Wohnraums auch**

16 **in Hamburg ermöglichen**

17

18 Der Landesparteitag möge beschließen:

19

20 Die Wohn- und Lebensbedürfnisse moderner Gesellschaften verändern sich ständig.
21 Gerade in großstädtischen Ballungsgebieten wird kreativ und mit Nachdruck nach
22 bezahlbarem und flexiblem Wohnraum gesucht. Hinzu kommen die Entstehung neu-
23 er Arbeitswelten und der Wunsch vieler Arbeitnehmer nach Homeoffice. Dies ist je-
24 doch gerade für Familien herausfordernd.

25 Weitere Anforderungen ergeben sich aus generationenübergreifendem Wohnen, Un-
26 terbringung von Pflege- und Kinderbetreuungskräften oder auch aus der temporären
27 Unterbringung der Eltern oder erwachsener Kinder.

28 Hier kommen Mikro- oder Minihäuser, neudeutsch Tiny Houses, als transportable
29 oder auch feste, zur dauerhaften Nutzung geeignete kleine Gebäude von max. 40 m²
30 Grundfläche ins Spiel. Moderne Kleinsthäuser nehmen sich in Erscheinungsbild und
31 Kubatur zurück, werden in nachhaltiger Bauweise, oft aus ökologischen Materialien
32 erstellt und verfügen über ein Punkt- oder Schraubfundament, sodass nur eine ge-
33 ringfügige Flächenversiegelung während der Nutzungsdauer erforderlich ist.

34 In Deutschland ist das Tiny House als Gebäudeklasse 1 eingestuft, wenn es auf ei-
35 nem Grundstück errichtet werden soll, dass dem Baurecht unterliegt. Tiny Houses
36 unterliegen damit den nutzungsbedingten Anforderungen der Hamburgischen Bau-
37 ordnung (HBauO) und müssen technische Nachweise nach HBauO (Statik, Brand-
38 und Schallschutz) führen.

39 Das heißt: Für das Aufstellen muss nach derzeitiger Rechtslage ein Bauantrag ge-
40 stellt werden, der für die Antragsteller ein im Verhältnis zum Begehren unnötig auf-
41 wändiges Genehmigungsverfahren bedeutet.

42 **Wir Freie Demokraten fordern,**

43 dass Grundstückseigentümern ermöglicht wird, vorhandenen Wohnraum flexibel und
44 kostengünstig durch ein Tiny House zu erweitern. Durch Entbürokratisierung des
45 Genehmigungsverfahrens können diese Mikro- oder Minihäuser eine echte Alternati-
46 ve zur Anmietung von Ausweichflächen darstellen.

47 Hamburg muss den veränderten Ansprüchen der Wohn- und Arbeitswelt einer mo-
48 dernen Stadtgesellschaft und der daraus resultierenden wachsenden Nachfrage ge-
49 recht zu werden.

50 **Vor diesem Hintergrund fordern wir den Hamburger Senat auf,**

51 die Hamburgische Bauordnung (HBauO) so anzupassen, dass Tiny Houses im Ein-
52 vernehmen mit den unmittelbar angrenzenden Nachbarn **verfahrensfrei** errichtet
53 werden können.

54 Konkret geht es um die Errichtung eines eingeschossigen Gebäudes pro Flurstück, mit einer
55 Grundfläche von max. 40 m² bzw. max. 120 m³ umbauten Raum je zugehörigem Hauptge-
56 bäude, außer im Außenbereich.

57 Soll das Gebäude (Mikro- oder Minihaus / Tiny House) zur dauerhaften Nutzung von
58 Menschen dienen, sind die öffentlich-rechtlichen Vorschriften, die an Räume gestellt
59 werden, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, einzuhalten.
60 Feste Gebäude müssen die allg. Anforderungen (§ 3 HBauO) erfüllen sowie den

61 technischen Baubestimmungen (§81a HBauO) entsprechen. Die Ver- und Entsor-
62 gung des Gebäudes kann aus dem zugehörigen Hauptgebäude erfolgen.

63 Sofern das verfahrensfreie Bauvorhaben eines Mikro- oder Minihaus / Tiny Houses
64 zum dauernden Aufenthalt von Personen genutzt werden, ist eine Kenntnisgabe vor-
65 zusehen.

66

67

68 Begründung:

69

70 Erfolgt mündlich

115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Antragsteller:
Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2201/02

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Aus Fehlern lernen: Taiwan muss frei bleiben!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine stellt eine Zäsur in der deutschen und europäischen Außenpolitik dar. Trotz der Drohgebärden Russlands und nicht zuletzt der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, wurde eine Invasion als undenkbar abgetan. Aufgrund der fatalen Folgen eines direkten Eingriffs, muss die westliche Welt seit Beginn des Krieges nahezu tatenlos zusehen wie Russland versucht eine demokratisch gewählte Regierung mit Waffengewalt abzusetzen.

In Taiwan droht ein ähnliches Szenario. Immer deutlicher droht die Führung Chinas mit einer Invasion der demokratischen Republik. Kampfflugzeuge des chinesischen Militärs verletzen mittlerweile regelmäßig den taiwanesischen Luftraum und der chinesische Staatspräsident ruft offen zur Wiedervereinigung auf.

Als Freie Demokraten stellen wir Menschenrechte vor wirtschaftliche Interessen. Wir unterstützen liberale Demokratien weltweit und alle Menschen die in Freiheit und Frieden leben wollen.

Deshalb fordern wir:

- 36 ● Die EU und Deutschland müssen die Ein-China-Politik beenden. Wir wollen
37 Taiwan – eine lebhafteste, liberale Demokratie – offen unterstützen.
38
39 ● Wir fordern die Vertiefung der gesellschaftlichen, behördlichen und
40 wirtschaftlichen Kooperation. Hierzu gehört die Aufhebung des
41 Einreiseverbots für taiwanische Offizielle, der Abschluss eines
42 Investitionsabkommens und Rüstungsexporte an Taiwan.
43
44 ● Den Beitritt Taiwans zu internationalen Organisationen wie der WHO und den
45 Vereinten Nationen unterstützen wir.
46
47 ● Im Einvernehmen mit der taiwanischen Regierung fordern wir offizielle
48 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufzunehmen.
49
50 ● Die militärischen Drohgebärden der Volksrepublik China (VRC) verurteilen wir
51 aufs Schärfste. Die EU muss hierauf im Rahmen einer eigenen Indo-Pazifik-
52 Strategie angemessen reagieren. Wir fordern einen EU-Marinestützpunkt im
53 Indo-Pazifik und die Teilnahme an Freedom of Navigation-Manövern in der
54 Taiwanstraße und im Südchinesischen Meer.
55
56 ● Eine Invasion Taiwans durch die VRC muss eine rote Linie darstellen.
57 Deutschland und die EU müssen in diesem Fall ein Handelsembargo gegen
58 die VRC verhängen, die diplomatischen Beziehungen abbrechen und
59 militärische Optionen in Abstimmung mit unseren Partnern erwägen.

60
61

62

63 Begründung:

64

65 Erfolgt mündlich

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Junge Liberale Hamburg**

7

8

9

Drs.: A2201/03

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13

14 **Keine Werbung für Unrechtsregime - WM 2022**
15 **boykottieren**

16

17 Der Landesparteitag möge beschließen:

18

19 Bei internationalen Sportveranstaltungen wie der Fußballweltmeisterschaft oder den
20 Olympischen Spiele treffen nicht nur die besten Sportler:innen der Welt aufeinander.
21 In den letzten Jahrzehnten haben sie sich zu Medienspektakeln entwickelt, die rund
22 um den Globus die Aufmerksamkeit der Menschen auf die Veranstaltungen und die
23 gastgebenden Länder lenken. Diese Aufmerksamkeit nutzen insbesondere die
24 gastgebenden Länder, um Werbung für sich zu machen. Insbesondere für autoritäre
25 Regime bietet sich so die Möglichkeit, ein positives, idealisiertes Bild des eigenen
26 Landes zu zeigen, dass Probleme oder sogar Menschenrechtsverletzungen
27 überstrahlen kann. Durch eine strenge Kontrolle der Bilder, eine Einschränkung der
28 Meinungsfreiheit der Bevölkerung, die Bestrafung von politischen Äußerungen durch

29 Athlet:innen oder der Einschränkung der Pressefreiheit haben Sportverbände und
30 Gastgebernationen die Möglichkeit, zusammen für eine perfekte Inszenierung zu
31 sorgen. Diese wirkt dann nicht nur nach außen, sondern verschafft autokratischen
32 Regimen auch innenpolitische Legitimation.

33

34 Diese Inszenierung kann aber nur funktionieren, wenn alle Sportler:innen,
35 Teilnehmerländer oder Zuschauer:innen dies akzeptieren und partizipieren.

36

37 Sportverbände argumentieren gerne, dass Sport unpolitisch sei und Menschen über
38 Grenzen hinweg zusammenbringt. Wir wollen diese integrative Funktion des Sports
39 unterstützen und sind uns bewusst, dass dies bedeutet, dass es Veranstaltungen in
40 Ländern geben wird, die nicht die gleichen demokratischen Standards wie
41 Deutschland haben. Die grobe Verletzung von Menschenrechten, wie etwa in China,
42 stellen für uns aber rote Linien dar. Mit der Unterstützung einer Veranstaltung in
43 einem solchen Land verletzen wir nicht nur die eigenen Prinzipien, sondern auch
44 genau die Grundwerte des Sports, mit denen das IOC und die FIFA gerne Werbung
45 machen.

46

47 Für uns freie Demokraten steht daher fest:

48

49 ● Der Kampf für Menschenrechte weltweit ist uns wichtiger als die Partizipation
50 an sportlichen Großveranstaltungen.

51

52 ● Schon bei der Auswahl der Austragungsländer muss die Situation der
53 Menschenrechte in dem jeweiligen Land berücksichtigt werden.

54

55 ● Sollte eine sportliche Großveranstaltung in einem Land stattfinden, in dem es
56 gravierende Menschenrechtsverletzungen gibt, setzen wir uns für einen
57 Boykott der Veranstaltung ein. Dies bedeutet für uns:

58

59 ● Wir fordern die öffentlich-rechtlichen Medien auf, die Veranstaltung nicht zu
60 übertragen.

61

62 ● Wir fordern deutsche Politiker:innen auf, die Veranstaltung nicht zu besuchen.

63

- 64 • Wir fordern die Bundesregierung auf andere Länder von einem Boykott zu
65 überzeugen.
66
- 67 • Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Medienkampagne durchzuführen,
68 bei der über die aktuellen menschenrechtsverletzenden Situationen in den zu
69 boykottierenden Ländern aufgeklärt wird
70
- 71 • Wir fordern die Sportverbände auf, keine Sportler:innen zu der Veranstaltung
72 zu entsenden.
73
- 74 • Wir fordern Unternehmen auf, keine Werbegelder für die Veranstaltung
75 auszugeben
76
- 77 • Wir setzen uns für eine parallel stattfindende Alternativveranstaltung in einem
78 demokratischen Land ein.
79

80 In Einzelfällen kann die Durchführung einer Sportgroßveranstaltung durch die
81 erhöhte internationale Aufmerksamkeit auch positive Auswirkungen auf die Situation
82 der Menschenrechte in dem betreffenden Land haben. Von dem Aufruf zum Boykott
83 kann daher abgewichen werden, wenn durch die Veranstaltung ein glaubhafter
84 Reformprozess angestoßen wird und es die Möglichkeit gibt, die Situation der
85 Menschenrechte in dem Land zu verbessern.
86

87 FIFA Fußball Weltmeisterschaft in Katar 2022 88

89 In Katar wurden die Fußballstadien teilweise mit Hilfe von Arbeitssklaven errichtet.
90 Homosexualität ist verboten und die Rechte von Frauen sind massiv eingeschränkt.
91 Das sind nur einige der massiven Verletzungen der Menschenrechte im
92 Austragungsland der nächsten Fußballweltmeisterschaft. Die FIFA selbst bekennt
93 sich in ihrem Statut zur Ablehnung jeglicher Diskriminierung u.a. aufgrund von
94 Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Für uns ist die Unterstützung der
95 katarischen Regimes durch die Partizipation an der Weltmeisterschaft nicht nur mit
96 dem Statut der FIFA, sondern insbesondere mit unseren liberalen Grundwerten nicht
97 vereinbar. Eine Verbesserung der Situation vor Ort durch die Durchführung der
98 Weltmeisterschaft ist aktuell nicht erkennbar. Wir fordern daher alle beteiligten
99 Akteure auf die Weltmeisterschaft zu boykottieren.

100

101

102 Begründung:

103

104 Erfolgt mündlich

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Olaf Steffen**

7 **Hans-Christian von Arnim**

8 **Claus Krumrei**

9 **Andreas Moring**

10 **Theresa Bardenhewer**

11 **Rolf Reincke**

12 **Marcell Boltz**

13 **Nicky Merl**

14 **Wolf-Achim Wiegand**

15 **Verner Mertins**

16 **Philipp Wünschel**

17 **Ove Rybka**

18 **Robert Seifke**

19 **Dirk Stegemeyer**

20 **Eva Kuhlmann**

21 **Burkhardt Müller-Sönksen**

22 **Wiebke Köhler**

Drs.: A2201/04

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

23

24

25

26 **Erst denken, dann kaufen – Sicherstellen einer**
27 **zukunfts- und konfliktsicheren Beschaffung**

28

29 Der Landesparteitag möge beschließen:

30

31 Der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine führt zu einem
32 Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik. Die Hinwendung auf die
33 Landes- und Bündnisverteidigung und die zugesagte Finanzierung von
34 Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100
35 Milliarden Euro sind ein wichtiger Schritt, dieser Herausforderung zu begegnen.
36 Wichtig ist, dieses Budget ausgerichtet an klar definierten Fähigkeiten und
37 zukunftsgerichtet auszugeben.

38 Der aktuelle Konflikt bietet ein umfassendes Bild der Wirksamkeit von Systemen und
39 deren Einsatzeffizienz. Daraus lassen sich wertvolle Schlüsse für die Bedeutung von
40 Systemen und der Struktur der Streitkräfte für einen möglichen Konflikt in der Zukunft
41 mit einem gleichwertigen oder überlegenen Gegner ziehen. Diese Schlüsse müssen
42 in die Beschaffungsentscheidungen, die mit dem Sondervermögen hinterlegt werden,
43 einbezogen werden. Ein „weiter wie geplant“ auf Seiten der Waffensystemauswahl
44 kann zu Fehlallokationen von Mitteln führen, die in eine nicht konflikttaugliche und
45 durchhaltefähige Struktur der Streitkräfte münden.

46 Dies betrifft auch die Entscheidungen zum Bestand von militärischen Anlagen und
47 Standorten. Auch diese müssen vor dem Hintergrund der veränderten Lage
48 hinterfragt werden.

49 Mittelfristig ist eine erneute vollumfängliche Analyse der veränderten
50 sicherheitspolitischen Lage mit resultierender Aufgaben- und Fähigkeitsdefinition für
51 die Streitkräfte unter Betrachtung der veränderten Lage notwendig. Investitionen in
52 neue Systeme und damit zum Teil neu oder wieder zu erlangende Fähigkeiten
53 können nur so zielgerichtet in Bezug auf die veränderte Lage erfolgen.

54

55 Dazu fordern die Freien Demokraten:

56

57 **▪ Ganzheitliche und zukunftsorientierte Bedarfsanalyse**

58 Um Schnellschüsse zu vermeiden, fordern die Freien Demokraten eine
59 allumfassende Bedarfsanalyse, in Verbindung mit einem dreimonatigen
60 Moratorium für Beschaffungsvorhaben, Umstrukturierungsmaßnahmen und

61 Standortschließungen. Die gewonnen Zeit soll genutzt werden, um
62 Beschaffungs-, Struktur- und Standortentscheidungen zu überprüfen
63 hinsichtlich Ihrer Bedeutung für die Fähigkeiten und das Durchhaltevermögen
64 der Bundeswehr im Verteidigungs- und Bündnisfall, unter anderem durch
65 stärkere Dispersion in der Fläche und Bereitstellung von Redundanzen (z.B.
66 keine Konzentration von Systemen an jeweils einem Standort). Ausnahmen
67 für diese Maßnahmen müssen gelten für Vorhaben, die sich auf die
68 persönliche Ausrüstung von Soldaten richten, auf Verbrauchs- und Ersatzteil
69 Nachbeschaffungen beziehen, auf einsatzbedingten Sofortbedarf beziehen
70 und auf Projekte von herausragender zukünftiger Bedeutung im multi-
71 nationalen Kontext richten (z.B. FCAS, MGCS, nukleare Teilhabe,
72 Fähigkeitszusagen ggü. NATO).

73

74 **▪ Alle Möglichkeiten ausschöpfen!**

75 Um eine grundlegende Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu erreichen, soll
76 die Wahrnehmung bestehender Optionen für schon eingeführte
77 Waffensysteme geprüft werden. Bei Beschaffungen für die persönliche
78 Ausrüstung für Soldatinnen und Soldaten in naher Zukunft, muss auf
79 marktverfügbare und möglichst durch Verbündete kampferprobte Systeme
80 gesetzt werden. Dies ermöglicht langfristig auch wieder auf vorrausschauende
81 Eigenentwicklungen und Entwicklungsprojekte mit unseren Verbündeten zu
82 setzen.

83

84 **▪ Beschaffungsverfahren reformieren – BAAINBw restaurieren!**

85 Viele Kostenexplosionen und Verzögerungen entstehen im Bundesamt für
86 Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr und in
87 komplizierten Vergabeverfahren. Diese müssen dringend reformiert werden,
88 auf deutscher und europäischer Ebene. Das dreimonatige Moratorium soll
89 auch genutzt werden, um Probleme im BAAINBw zu analysieren und
90 Umstrukturierung in die Wege zu leiten.

91

92

93 Begründung:

94

95 Erfolgt mündlich

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Hans-Christian von Arnim**

7 **Olaf Steffen**

8 **Claus Krumrei**

9 **Andreas Moring**

10 **Theresa Bardenhewer**

11 **Rolf Reincke**

12 **Jannik Reisberg**

13 **Marcell Boltz**

14 **Nicky Merl**

15 **Wolf-Achim Wiegand**

16 **Verner Mertins**

17 **Philipp Wünschel**

18 **Ove Rybka**

19 **Robert Seifke**

20 **Dirk Stegemeyer**

21 **Eva Kuhlmann**

22 **Jacob Schwartz**

23 **Wiebke Köhler**

Drs.: A2201/05

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

24

25

26

27 **Handlungsfähigkeit der Luftwaffe sichern –**

28 **Zeitgemäßer Ersatz des Tornado**

29

30 Der Landesparteitag möge beschließen:

31

32 Seit Jahren wird über die Nachfolge der Panavia Tornado debattiert und seit Jahren
33 kann man sich nicht entscheiden, welches oder ob überhaupt ein neues Flugzeug
34 beschafft wird. Der Panavia Tornado ist bisher untrennbar verknüpft mit dem
35 deutschen Anteil an der Nuklearen Teilhabe der NATO. In der Diskussion um die
36 Beschaffung eines Nachfolgemusters wurde auch immer wieder die Sinnhaftigkeit
37 der Nuklearen Teilhabe infrage gestellt. Mit dem Angriffskrieg der Russischen
38 Föderation auf die Ukraine hat sich die Sicherheitslage in Europa und der Welt
39 grundlegend geändert und die Frage, ob man die Nukleare Teilhabe und eine
40 moderne Luftwaffe braucht, sich erübrigt. Deutschland braucht Sie mehr denn je! Die
41 Luftwaffe ist ein effizientes Werkzeug, das die Bundesrepublik als Abschreckung
42 gegen potenzielle Bedrohungen in Osteuropa besitzt. Im Verlauf der letzten Zeit
43 scheint man sich im Bundesverteidigungsministerium auf F-35A Lightning II und eine
44 ECR-Variante (Electronic Combat and Reconnaissance) des Eurofighter festzulegen.
45 Letzteres Muster existiert noch nicht und eine Neuentwicklung für derart wenige
46 Flugzeuge ist nicht sinnvoll. Gerade angesichts der leistungsfähigen russischen
47 Boden-Luft-Raketen des Typs „S-400 Triumph“ sind eine hohe Anzahl an ECR- und
48 SEAD-fähigen (Suppression of Enemy Air Defense) Flugzeugen durchaus relevant.
49 Daher fordern die Freien Demokraten:

50

51 • **Unverzügliche Beschaffung eines Tornado-Ersatzes für die Nukleare**
52 **Teilhabe**

53 Unverzüglich soll die Bundeswehr ein marktverfügbares System, welches für
54 den Einsatz von Nuklearwaffen im Rahmen der Nuklearen Teilhabe geeignet
55 ist und durch NATO-Verbündete bereits verwendet wird, beschaffen. Dieses
56 soll den Tornado IDS ablösen und Deutschlands Bündnisfähigkeit für die
57 Zukunft gewährleisten. Dabei soll das Fähigkeitsspektrum nicht nur gehalten,
58 sondern vielmehr erweitert werden. Ein erstes Los von mindestens 35
59 Lockheed Martin F-35A Lightning II muss sofort beschafft werden, um
60 Fähigkeitslücken durch Lieferzeiten und weitere äußerst kostspielige
61 Lebensdauererweiterungen am System Tornado zu vermeiden. Mindestens
62 25 weitere F-35A müssen als Option in den nächsten 5 Jahren abrufbar sein.
63 Auch Optionen auf weitere Varianten (B/C und Zukünftige) des beschafften
64 Musters, sowie spätere Nachbestellungen, müssen berücksichtigt werden. Um

65 die 89 Panavia Tornado zu ersetzen, muss auch eine Nachbestellung von
66 Tranche 4 Eurofighter in Erwägung gezogen werden und/oder die Fähigkeiten
67 durch bewaffnete Drohnen ersetzt werden.
68

69

70 • **Zeitnahe Beschaffungen eines ECR-Tornado-Ersatzes**

71 Mit dem Ende der Lebensdauer des Tornados muss ebenfalls die Fähigkeit
72 zur elektronischen Kampfführung erhalten bleiben. Die Luftwaffe stellt als einer
73 der wenigen Partner diese Fähigkeit innerhalb der NATO. Hierfür ist ebenfalls
74 eine neue, möglichst marktverfügbare Plattform zeitnah zu beschaffen. Auch
75 in diesem Fall gilt als Maßstab mindestens der Erhalt der bestehenden
76 Fähigkeiten, im Optimalfall der Ausbau dieser. Einen ECR Eurofighter, wie
77 momentan vom Bundesverteidigungsministerium gewünscht, sehen die Freien
78 Demokraten kritisch, da diese Plattform noch gänzlich neu entwickelt werden
79 muss und dies für 15-30 Flugzeuge nur bedingt sinnvoll ist. Wenn an diesem
80 festgehalten wird, sollte dies in Verbindung mit weiteren Bestellungen, auch
81 von Partnerationen, geschehen, sowie umgehend und ganzheitlich mit den
82 Industriepartnern im neuen Nationalen Test- & Evaluierungscenter Eurofighter
83 angegangen werden. Auch sollte dieser dann als Plattform für Test von
84 Systemerweiterungen, wie „Loyal Wingman“ im Rahmen des FCAS-
85 Programms (Future Combat Air System) genutzt werden. In jedem Fall wäre
86 es für die Fähigkeiten der Bundeswehr fatal in Zukunft nur 15 SEAD-fähige
87 Flugzeuge zu besitzen. Es sollten daher mehr Flugzeuge mit dieser Fähigkeit
88 beschafft werden.

89

90 • **Langfristiger Modernisierungspfad für das System Eurofighter**

91 Das Waffensystem Eurofighter bildet das Rückgrat der Luftwaffe. Dies wird
92 auch in absehbarer Zukunft so bleiben. Dazu muss schon jetzt die langfristige
93 Nach- und Aufrüstung des Systems vorbereitet werden. Die vorhandenen
94 Eurofighter älterer Tranchen müssen konsequent nachgerüstet oder durch
95 neue Flugzeuge ersetzt werden. Nicht nur die Integration in moderne
96 Systeme, wie das FCAS, sondern auch allgemeine Nachrüstungen, wie sie
97 z.B. das Vereinigte Königreich plant, sind notwendig und müssen frühzeitig
98 bedacht werden, um den Eurofighter als die modernste Mehrzweckplattform
99 zu erhalten. Hierbei ist es wichtig das Nationale Test- & Evaluierungscenter

100 Eurofighter langfristig einzusetzen und auszubauen und auch für künftige
101 Plattformen zu nutzen.
102
103 Begründung:
104
105 Erfolgt mündlich

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Carl Cevin-Key Coste**

7

8

9

Drs.: A2201/06

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13

14 **Keine Subvention für Kriegsprofiteure – Gegen**
15 **Tankrabatt und Spritpreisdeckel**

16

17

18 Der Landesparteitag möge beschließen:

19

20 In den letzten Wochen sind die Preise für Diesel und Benzin stark gestiegen. In
21 diesem Zusammenhang wurde der hohe Steuer- und Abgabenanteil kritisiert und
22 dass der Staat von der Knappheit profitiert.

23 Nur ein Teil der Kostensteigerung lässt sich durch den gestiegenen Ölpreis erklären.
24 Die Energiesteuer und CO₂-Abgabe sind aber konstant geblieben. Einzig die
25 Mehrwertsteuer führt bei einem gestiegenen Preis zu staatlichen Mehreinnahmen,
26 die bei einer gewerblichen Nutzung aber als Vorsteuer abzugsfähig ist.

27 Die Steuer- und Abgabenlast ist deswegen prozentual in den letzten Tagen sogar
28 deutlich gesunken.

29 Uns Liberale zeichnet aus, dass wir auf einen funktionierenden Markt statt auf
30 planwirtschaftliche Bürokratiemonster setzen. Deswegen lehnen wir sowohl einen
31 Tankrabatt als auch einen Spritpreisdeckel ab.

32 Beide Mittel helfen zudem nicht zielgerichtet denen, die besonders hart von den
33 hohen Preisen betroffen sind. Die Gießkanne funktioniert auch nicht an der
34 Tankstelle. Die Anpassung der Pendlerpauschale auf 38 Cent und die Erhöhung der
35 Werbekostenpauschale auf 1200 Euro, decken bereits die Mehrkosten.

36 Der starke Preisanstieg, der sich in der Höhe nicht erklären lässt, legt aber ein
37 Marktversagen nahe, dass aus illegalen Preisabsprachen resultiert. Ob sich an dem
38 russischen Angriffskrieg ein Kraftstoff-Kartell bereichert hat, muss deswegen
39 dringend aufgeklärt werden. Sofern dies zutrifft, sind alle Sanktionsspielräume im
40 Kartellrecht vollständig auszuschöpfen.

41 Die FDP Hamburg fordert daher die Bundesregierung auf, Abstand von der
42 Einführung eines Preisdeckels für Kraftstoffe oder eines Tankrabatts zu nehmen.

43 Die FDP Hamburg fordert daher das Bundeskartellamt auf, ein Kartellverfahren
44 hinsichtlich der Kraftstoffpreise einzuleiten.

45 Die FDP Hamburg fordert die liberalen Abgeordneten auf, auf die Umsetzung der
46 Punkte hinzuwirken.

47

48 Begründung:

49

50 Erfolgt mündlich

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Liberale Senioren – LIS, Hamburg**

7 **Brita Schmidt-Tiedemann**

8 **Martin Scharlach**

9

Drs.: A2201/07

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13

14 **„Kümmerer“ im Rahmen der aufsuchenden**
15 **Sozialarbeit stärken**

16

17 Der Landesparteitag möge beschließen:

18

19 Wir fordern den Senat der FHH auf, das Amt des "Kümmerers" im Rahmen der
20 aufsuchenden Sozialarbeit zu stärken und auszubauen. Die erforderlichen
21 Ressourcen sind für die Bezirke bereitzustellen. Eine dauerhafte Finanzierung dieses
22 Amtes ist zu sichern.

23

24 Begründung:

25

26 Hamburg hat im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit eingeführt, Menschen zu
27 ihrem 80. Geburtstag mit einem Brief zu gratulieren. Dies reicht unserer Meinung
28 nach nicht aus. Um auch Hochbetagten aktive Teilhabe am öffentlichen Leben zu

29 ermöglichen und auch dem Problem der Einsamkeit vorzubeugen, ist es erforderlich,
30 sie nach Rücksprache aufzusuchen und gezielt zu erfragen, wo konkrete Hilfe
31 erforderlich ist. Denkbar ist Hilfestellung z.B. bei Anträgen, Fragen an die
32 Pflegeversicherung/ die Krankenkasse oder auch Unterstützung im Haushalt oder bei
33 Besorgungen. In anderen Bundesländern, z.B. Rheinland-Pfalz, gibt es diese
34 Hilfseinrichtung schon z.T. für Menschen ab 70 Jahren. Dies kann Hamburg als
35 Vorbild und Anregung nehmen.

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **LFA 4 Kultur, Medien, Kreativwirtschaft**

7

8

9

Drs.: A2201/08

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13 **Verkürzung der Sperrfristen – Sicherung der**
14 **Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft!**

15

16 Der Landesparteitag möge beschließen:

17

18 Mit der Filmförderungsnovelle wollen die Koalitionsparteien auf Bundesebene die
19 Filmförderinstrumente des Bundes und die Rahmenbedingungen des Filmmarktes
20 neu ordnen, vereinfachen und transparenter machen, dies in enger Abstimmung mit
21 der Filmbranche und den Ländern. Geprüft werden die Einführung von
22 Investitionsverpflichtungen und steuerlichen Anreizmodellen und die Schaffung
23 gesetzlicher Rahmenbedingungen, um die steuerliche Behandlung von
24 Filmkoproduktionen rechtssicher zu gestalten. Kinos und Festivals sollen verlässlich
25 gefördert und das nationale Film-Erbe bewahrt werden. ¹

26 Bei diesem Vorhaben gilt es gleichermaßen, die Filmwirtschaft insgesamt zu stärken.
27 Sperrfristen sind Teil des Geschäftsmodells der Filmvermarktung. Es sieht ein

28 Schema von aufeinanderfolgenden Veröffentlichungsfenstern vor. Das Schema
29 beruht auf der mutmaßlichen Bereitschaft der Zuschauer, für einen möglichst frühen
30 Zugang ein jeweils angemessenes Entgelt zu zahlen. Es dient dazu, die
31 Gesamteinnahmen der Rechteinhaber eines Films zu maximieren und dadurch einen
32 wesentlichen Beitrag zur Filmfinanzierung zu leisten. Die Reihenfolge der
33 Veröffentlichungsfenster richtet sich danach, „wo in der kürzesten Zeit die höchsten
34 Einnahmen generiert werden, also am Prinzip der „zweitbesten Alternative“ – vom
35 Kino (Kinostart im Inland oder international) über DVD (Verleih/Verkauf),
36 Bereitstellung on Demand, Pay-per-View, Pay-TV in linearen Diensten bis hin zum
37 frei empfangbaren Fernsehen“. ²

38 Die Einnahmen der Rechteinhaber jedes Veröffentlichungsfensters steigen mit
39 dessen Länge. Die Dauer ist Ergebnis von Verhandlungen, deren Ausgang von der
40 Marktmacht der jeweiligen Parteien abhängt. Zudem generieren nur relativ wenige
41 Filme (die Top 100) 72% der Umsätze, von denen 79% in den ersten vier Wochen
42 eingespielt werden. ³ Hieraus lässt sich zwar schließen, dass das gegenwärtige
43 Kinofenster zu lang ist. Bei der Beurteilung der erforderlichen Länge ist jedoch auch
44 zu berücksichtigen, dass ein Anreiz bestehen bleiben soll, den Film im Kino zu sehen
45 und nicht auf seine baldige Veröffentlichung im nächsten Veröffentlichungsfenster zu
46 warten. Zudem wirkt sich der Kinoerfolg eines Films positiv auf die nachfolgenden
47 Veröffentlichungsfenster aus. Einigkeit herrscht zwischen den Akteuren der
48 Filmwirtschaft darüber, das bestehende Schema zu flexibilisieren und dabei den
49 Kinoerfolg als Maßstab anzuwenden. ⁴

50 Die audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie (AVMD-Richtlinie) der EU verpflichtet in
51 Artikel 8 die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die ihrer Rechtshoheit
52 unterworfenen Mediendienstanbieter Kinospielefilme nicht zu anderen als den mit den
53 Rechteinhabern vereinbarten Zeiten übertragen. Dies lässt den EU-Mitgliedsstaaten
54 Spielraum zur Umsetzung dieser Mindestanforderung. Die Organisation von
55 Veröffentlichungsfenstern kann durch gesetzliche und regulatorische Ansätze und
56 ebenso durch marktwirtschaftliche Verträge und Branchenvereinbarungen erfolgen.
57 Deutschland hat sich für einen regulatorischen Ansatz über ein nationales
58 Filmförderprogramm entschieden, das im Gesetz über Maßnahmen zur Förderung
59 des deutschen Films (Filmförderungsgesetz, FFG) verankert ist. Der Trend geht

¹ Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen, Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“, Seite 123

² Cabrera Blázquez F.J., Cappello M., Fontaine G., Talavera Milla J., Valais S., *Verwertungsfenster in Europa: eine Frage der Zeit*, IRIS Plus, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, Oktober 2019, S. 48.

³ Vgl. a. a. O., S. 10.

⁴ A. a. O., S. 10.

60 jedoch hin zu marktwirtschaftlich orientierten Verträgen wie in Großbritannien. Dies
 61 mag auch daran liegen, dass der wirtschaftliche Erfolg für das britische Modell
 62 spricht: Großbritannien ist eines der beiden Länder mit der höchsten Wachstumsrate
 63 bei den Einspielergebnissen.

64 Bemerkenswert ist, dass die Länder mit der höchsten Wachstumsrate bei den
 65 Einspielergebnissen, neben Großbritannien sind das die Niederlande, die kürzesten
 66 Fenster zwischen Kino und TV on Demand haben.⁵ Deutschland hat hingegen für
 67 öffentlich geförderte Filme das längste Veröffentlichungsfenster (sechs Monate)
 68 zwischen Kino- und Heimvideoveröffentlichung; aber hier steht einem
 69 schrumpfenden Kinomarkt ein relativ stabiler Heimvideomarkt gegenüber. Daraus
 70 kann geschlossen werden, dass sich ein besonders langes Kinofenster weder auf die
 71 Gesamteinnahmen des Films noch auf den Kinomarkt wirtschaftlich positiv auswirkt.
 72 Gegenwärtig regelt das FFG die Veröffentlichungsfenster in Deutschland wie folgt⁶:

Bildträgerauswertung (DVD, Blu-ray...), TVoD, Pay-per-View	6 Monate nach der regulären Erstaufführung	Verkürzung auf 5 oder in Ausnahmefällen 4 Monate möglich
Pay-TV und SVoD-Dienste	12 Monate	Verkürzung auf 9 oder in Ausnahmefällen 6 Monate möglich
Free-TV und Free-VoD- Dienste	18 Monate	Verkürzung auf 12 oder in Ausnahmefällen 6 Monate möglich
Für einzelne Projekte, für deren wirtschaftlichen Erfolg eine abweichende Verwertungsfolge erforderlich ist, können die regelmäßigen Sperrfristen verkürzt werden oder entfallen. Für Filme, die unter Mitwirkung eines Fernsehveranstalters hergestellt worden sind, können auf Antrag des Herstellers die regelmäßigen Sperrfristen bis auf sechs Monate nach Abnahme durch den Fernsehveranstalter verkürzt werden.		

73 **Wir Freie Demokraten fordern:**

74 Zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Filmwirtschaft bei gleichzeitiger
 75 Förderung von Kinos sollen im Zuge der anstehenden Filmförderungsnovelle die regulären und
 76 verkürzten Sperrfristen jeweils halbiert werden. Der Wegfall der Sperrfristen für einzelne
 77
 78
 79

⁵ A. a. O., S. 13.

⁶ Vgl. zu den Fenstern: a. a. O., S. 29.

80 Projekte soll weiterhin ermöglicht werden (siehe nachstehende Tabelle).

Bildträgerauswertung (DVD, Blu-ray...), TVoD, Pay-per-View	3 Monate nach der regulären Erstaufführung	Verkürzung auf 6 Wochen möglich
Pay-TV und SVoD-Dienste	6 Monate	Verkürzung auf 12 Wochen möglich
Free-TV und Free-VoD-Dienste	9 Monate	Verkürzung auf 18 Wochen möglich
Für einzelne Projekte, für deren wirtschaftlichen Erfolg eine abweichende Verwertungsfolge erforderlich ist und für Filme, die unter Mitwirkung eines Fernsehveranstalters hergestellt worden sind, können auf Antrag des Herstellers die regelmäßigen Sperrfristen entfallen.		

81 Die FDP-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich vor der anstehenden

82 Filmförderungsnovelle für die Verkürzung der Sperrfristen einzusetzen.

83 Der Landesvorstand wird gebeten, diesen Antrag dem 73. o. Bundesparteitag
84 vorzulegen.

85

86 Begründung:

87

88 Erfolgt mündlich

115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Antragsteller:
LFA 1 Europa und Internationales

Drs.: A2201/09

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Auslandseinsätze

Der Landesparteitag möge beschließen:

l) Ziele und Interessen der Bundesrepublik in einer ressortübergreifenden Strategie für die Außenpolitik festgeschrieben werden. Abschreckung, Verteidigung, Entwicklung, Dialog und Diplomatie stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander. Der Einsatz militärischer Mittel gilt immer als Ultima Ratio in klar definierten Auslandseinsätzen innerhalb eines Systems kollektiver Sicherheit.- allerdings sollten militärische Optionen bzw. der zeitgerechte Einsatz von Streitkräften bereits in der Frühphase einer Krise zur politischen Stabilisierung als Ergänzung der anderen Instrumente staatlicher Macht mitbetrachtet werden, um andere Maßnahmen überhaupt erst glaubwürdig erscheinen zu lassen. Das Militär sollte als Mittel der Krisendiplomatie betrachtet und so eingesetzt werden, dass eine Krise damit bestmöglich entschärft bzw. beruhigt werden kann.

28 II) die Bundesregierung dem Parlament für die rechtliche Grundlage neben dem
29 Handlungsbedarf die Verhältnismäßigkeit innerhalb der 5 “Ds”¹, die Legitimität sowie
30 innere und äußere Bedingungen des Einsatzes darlegen muss. Dafür sind zunächst
31 die politischen Ziele eines Einsatzes klar zu definieren; daraus sind die mit dem
32 Einsatz verbundenen militärischen Ziele abzuleiten. Auch sind die
33 Einsatzbedingungen vorab klar zu benennen:

- 34 - Einsatzziele (Einsätze sind vom Ziel her zu planen)
- 35 - Regeln für den Einsatz militärischer Mittel oder Übernahme hoheitlicher
36 Aufgaben
- 37 - eingebundene Kräfte (Bundeswehr, Polizei, juristisches oder ziviles
38 medizinisches Personal)
- 39 - Planung des Einsatzes
- 40 - Erfolgs- und Abbruchkriterien.

41 III) Ferner der Auftrag der Bundeswehr klar zu benennen ist.

42 IV) Vor einem Einsatz festzulegen ist, welches politisches und militärisches Ziel
43 erreicht werden soll, nach welchen Kriterien die Erreichung des Ziels gemessen wird
44 und in welchem Verhältnis dieses Ziel zu den nationalen Zielen und Interessen steht.

45 V) Grundsätzlich Einsätze als inklusive, staatliche Projekte zu behandeln sind. Alle
46 am Einsatz Beteiligten (Militär, staatliche Stellen, Polizei, mögliche zivile
47 Einrichtungen) sind unter einer Führung zusammenzufassen, die ein Einsatzbudget
48 verwaltet und disponiert.

49 VI) Darüber hinaus ein Frühwarnindikator-System zu etablieren und eine Exit-
50 Strategie zu definieren sind, um mögliches Scheitern frühzeitig zu erkennen und
51 gegensteuern zu können.

52 VII) Alle abgeschlossenen Einsätze parlamentarisch auf Basis der anfänglich
53 definierten Kriterien zu evaluieren sind und die Regierung dabei dem Parlament
54 verantwortlich ist.

55

56 Begründung:

57

58 Nach dem Ende des Einsatzes in Afghanistan ist deutlich geworden, dass für
59 Auslandseinsätze der Bundeswehr bisher keine klaren Kriterien über Erfolg und
60 Misserfolg definiert worden sind. Auch gab es keine sogen. “Exit-Strategie”. Auch mit
61 Blick auf den Einsatz in Mali fordern wir, künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr

¹ Dialogue & Diplomacy, Deterrence & Defense, Development

- 62 besser zu planen und nach transparenten und messbaren Kriterien vorzubereiten
63 und zu evaluieren, um Menschen nicht unnötig in Gefahr zu bringen.
64
65 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Eva Kuhlmann**

7 **Carolin Hümpel**

8 **Anna von Treuenfels-Frowein MdHB**

9 **Philipp Ostsieker**

10 **Burkhardt Müller-Sönksen**

11 **Hans-Christian von Arnim**

12 **Rolf Reincke**

13 **Verner Mertins**

14 **Ulrike Cramer-Schmiegel**

15 **Dirk Stegemeyer**

16 **Wiebke Köhler**

17 **Gabriele Ricke**

18 **Constantin Bonfert**

19 **Dr. Sigrid Reuter**

20 **Jutta Krümmer**

21 **Rüdiger Schmitz**

22 **Ayoub Nejim**

23

24

25

26 **Finanzierung von Antisemitismus in**
27 **Schulbüchern beenden**

28

29 Der Landesparteitag möge beschließen:

30

31 I.) Die Bundesrepublik Deutschland darf den Antisemitismus, der in den
32 Schulbüchern des Gazastreifens und des Westjordanlandes geschürt wird, weder
33 direkt noch indirekt mitfinanzieren.

34 Eine EU-Resolution vom Mai 2020, entsprechende Inhalte zu entfernen, blieb bislang
35 folgenlos.

Drs.: A2201/10

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

36

37 II.) Antisemitismus stellt ein gewaltiges Problem in unserer Gesellschaft dar. Er spielt
38 überdies eine wichtige Rolle im Nahostkonflikt. Im Gazastreifen und im
39 Westjordanland wird in Schulbüchern für alle Altersstufen systematisch Hass auf
40 Juden geschürt, Fakten falsch dargestellt und zu Gewalt aufgerufen, während
41 friedliche Lösungen für den Nahostkonflikt abgelehnt werden.¹

42 Die Verbreitung von Antisemitismus wird von deutschen Steuergeldern mitfinanziert:
43 Deutschland zahlt der palästinensischen Autonomiebehörde rund 10 Mio. € jährlich
44 für Bildung und ist damit einer der größten Geber. Hinzu kommen indirekte
45 Zahlungen über die EU und das UNRWA.²

46 Es darf nicht sein, dass Deutschland eine Erziehung zu Hass durch die Finanzierung
47 von Schulbüchern und Lehrkräften unterstützt. Frieden im Nahen Osten ist kaum
48 möglich, wenn ganze Generationen antisemitisch indoktriniert und radikalisiert
49 werden.

50

51 III.) Der Landesparteitag kritisiert den EU-Haushaltsbeschluss, die Mittel für das
52 UNRWA aufzustocken und begrüßt den Protest von 32 EU-Parlamentariern gegen
53 diesen Beschluss.³

54

55 Der Landesparteitag fordert die Bundespartei auf, sich dafür einzusetzen,

56

57 1. Alle direkten Zahlungen für den Bildungsbereich an die palästinensische
58 Autonomiebehörde einzustellen,

59

60 2. Gemeinsam mit den EU-Partnern (auch finanziellen) Einfluss auf die
61 palästinensische Autonomiebehörde zu nehmen, Schulbücher entsprechend
62 zu überarbeiten sowie Lehrkräfte entsprechend zu schulen und ggf. aus dem
63 Schuldienst zu entlassen,

64

¹ https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/PA-Reports_-Updated-Selected-Examples_May-2021.pdf, S. 11 ff., letzter Abruf 16.05.2021

² <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/langes-warten-auf-umstrittene-studie-warum-der-judenhass-nicht-aus-palaestinensischen-schulbuechern-verschwindet/27127570.html>, letzter Aufruf 16.5.2021

³ <https://asimakopoulou.gr/wp-content/uploads/2022/03/2022-03-01-Letter-to-Commission-President-Palestinian-Textbooks-and-Amnesty-Report.pdf>, letzter Abruf 09.03.2022

65 3. Künftige Hilfgelder nur auszuzahlen, wenn antisemitische, volksverhetzende,
66 antidemokratische Inhalte aus dem Unterricht entfernt und durch neutral-
67 sachliche, friedensfördernde Inhalte ersetzt werden.

68

69

70 Begründung:

71

72 Erfolgt mündlich

1 **115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 **Eva Kuhlmann**

7 **Carolin Hümpel**

8 **Anna von Treuenfels-Frowein MdHB**

9 **Carl Cevin-Key Coste**

10 **Timo Fischer**

11 **Fabrice Henrici**

12 **Joshua Blaurock**

13 **Philipp Ostsieker**

14 **Burkhardt Müller-Sönksen**

15 **Jannik Reisberg**

16 **Hans-Christian von Arnim**

17 **Rolf Reincke**

18 **Verner Mertins**

19 **Ulrike Cramer-Schmiegel**

20 **Dirk Stegemeyer**

21 **Wiebke Köhler**

22 **Gabriele Ricke**

23 **Constantin Bonfert**

24 **Dr. Sigrid Reuter**

25 **Jutta Krümmer**

26 **Rüdiger Schmitz**

27 **Ayoub Nejim**

28 **Daniel Oetzel**

29

30

31

32 **Verbot der „Grauen Wölfe“ und ihrer Symbole**

33

34 Der Landesparteitag möge beschließen:

Drs.: A2201/11

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

35

36 I.) Der Landesparteitag begrüßt, dass der Präsident der Französischen Republik
37 durch Dekret vom 4. November 2020 die Organisation der Grauen Wölfe in
38 Frankreich sowie der Österreichische Nationalrat am 01.März 2019 ihre Symbole
39 verboten hat.

40 Ferner begrüßt er die Resolution des Europaparlaments vom 19. Mai 2021, eine
41 Einstufung der *Grauen Wölfe* als Terrororganisation und damit ihr Verbot in allen
42 Mitgliedsstaaten zu prüfen. Ein entsprechendes Verbot wird in Deutschland bereits
43 seit dem 17. November 2020 geprüft.

44

45 Qua Koalitionsvertrag ist der Rechtsextremismus derzeit die größte Bedrohung
46 unserer Demokratie.

47 Die größte rechtsextreme Gruppierung in Deutschland ist mit rund 18.000
48 Anhängern¹ die *Ülkücü*-Bewegung, auch bekannt als *Graue Wölfe*.

49 In Hamburg werden der *Ülkücü* etwa 100 Personen zugerechnet. Ihr
50 Mobilisierungspotenzial ist jedoch laut Verfassungsschutzbericht deutlich höher.

51 Die *Ülkücü*-Ideologie ist völkisch, hochgradig antisemitisch, rassistisch sowie
52 islamistisch und missachtet die Menschenwürde. Sie ist mit dem Demokratieprinzip
53 und den Grundwerten unserer Verfassung unvereinbar.

54 Ihre Anhänger schüchtern als politische Gegner wahrgenommene Personen
55 (insbesondere Kurden und Armenier, aber auch Juden, Christen und Homosexuelle)
56 ein, bedrohen sie vielfach offen und begehen gewalttätige Übergriffe bis hin zu
57 Morden. Die Agitation der Bewegung stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für
58 unsere innere Sicherheit dar.

59

60 Der Landesparteitag sieht deshalb ein konsequentes Vorgehen gegen die Aktivitäten
61 der *Ülkücü*-Bewegung sowohl auf deutscher als auch auf internationaler Ebene als
62 dringende Aufgabe an.

63

64 Daher fordern die Freien Demokraten, das Verbot der Grauen Wölfe endlich zu
65 beschließen und umzusetzen.

66

¹ Kemal Bozay in "Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland",
veröffentlicht am 24.11.2017 auf
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland>, abgerufen am 12.05.2021

67 II.) Der Landesparteitag fordert die Bundesregierung und den Hamburger Senat auf,
68 den Beschluss endlich umzusetzen und folgende Schritte zu erwirken. Ferner fordert
69 er die FDP-Mandatsträger auf, sich für deren Umsetzung einzusetzen:

70

71

72 1. alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Einfluss der *Ülkücü-*
73 Bewegung in Hamburg und Deutschland zurückzudrängen;

74

75 2. ein Verbot der verbandlich in Deutschland in der „Föderation der Türkisch-
76 Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (ADÜTDF), der
77 „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB) und
78 dem „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa“ (ATB) sowie deren
79 Jugendvereinigungen organisierte Bewegung *Graue Wölfe* zu verfügen.

80

81 3. die Aktivitäten der *Ülkücü*-Bewegung fortlaufend durch die
82 Landesverfassungsschutzämter zu beobachten und ihnen mit den Mitteln
83 unseres Rechtsstaates entschlossen entgegenzuwirken;

84

85 4. Programme über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die
86 Bundeszentrale für politische Bildung sowie Informationsmaterial des
87 Bundesamtes für Verfassungsschutz im Rahmen der bestehenden
88 Finanzierung aufzulegen bzw. zu verstetigen, um Öffentlichkeit, Vereine,
89 Verbände und Institutionen über die Ziele und Methoden der Bewegung im
90 Sinne der Demokratiebildung aufzuklären;

91

92 5. die historisch-politische Bildung in den Schulen zu stärken und dabei auch
93 Themen der migrantischen Gesellschaft zu behandeln, wie etwa den
94 Völkermord an den Armeniern.

95

96 6. alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Propaganda *Grauen*
97 *Wölfe* im Internet rechtsstaatlich und konsequent entgegenzutreten und dafür
98 auch den Druck auf relevante Plattformen (Facebook, Twitter, TikTok,
99 YouTube, Instagram) zu erhöhen, entsprechende Inhalte konsequent zu
100 löschen.

101

- 102 7. Ein Verbot der Abzeichen, Fahnen, Symbole und Erkennungszeichen der
103 Grauen Wölfe ("Wolfsgruß" (Daumen und Finger des rechten ausgestreckten
104 Arms formen den Kopf eines Wolfs), Flagge mit drei Halbmonden) im Zuge
105 des Verbots der verbandlich in Deutschland organisierten Bewegung *Graue*
106 *Wölfe* und des Betätigungsverbots gegen die *Grauen Wölfe* zu prüfen.
107
- 108 8. gegen die verbandlich in der Türkei organisierten *Grauen Wölfe*
109 (beispielsweise in den Parteien MHP und BBP oder der Jugendorganisation
110 Alperen Ocakları) ein Betätigungsverbot in Deutschland zu erlassen, um das
111 Werben um Mitglieder oder Unterstützer in Deutschland zu unterbinden und
112 um das Rekrutierungs- und Finanzierungsnetzwerk der *Grauen Wölfe*
113 konsequent und lückenlos in Deutschland zu zerschlagen.
114
- 115 9. jegliche Zusammenarbeit und insbesondere finanzielle Förderung mit und von
116 Organisationen und Personen, die der *Ülkücü*-Bewegung nahe stehen, zu
117 beenden. Dies gilt auch für Organisationen, die mit der *Ülkücü*-Bewegung
118 zusammenarbeiten.
119
- 120 10. die Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft
121 dahingehend anzupassen, dass die Zugehörigkeit zu der *Ülkücü*-Bewegung
122 oder die Unterstützung dieser einen Ausschlussgrund darstellt.
123
- 124 11. Solidarität mit von den *Grauen Wölfen* verfolgten Personen und Gruppen in
125 Hamburg, Deutschland, Europa und der Türkei zu zeigen und diese
126 bestmöglich zu unterstützen.
127

128 Begründung:

129

130 Erfolgt mündlich

115. FDP-Landesparteitag, 02.04.2022

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

Antragsteller:
Matthias Still
Hendrik Korb

Drs.: A2201/12

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Zurück zu stabilem Geld! **Inflation bekämpfen, Ausgaben begrenzen,** **Schuldenbremse einhalten**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Stabiles Geld ist eine tragende Säule für soziale Stabilität. Stabiles Geld schafft Vertrauen in die Politik und macht Lebensentwürfe berechenbarer.

Mit großer Sorge blicken wir Freien Demokraten deshalb auf die sprunghafte Entwicklung der Inflation. Die leichtfertige, expansive Geldpolitik der Großen Koalition hat dafür gesorgt, dass die Geldwertstabilität aufgeweicht wurde. Damit muss nun Schluss sein.

Wir Freien Demokraten sind der Anker für eine Politik der Mitte. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Währung ist uns wichtig. Aus diesem Grund machen wir uns stark für solides Haushalten und eine zuverlässige Geldpolitik, auch und gerade in politisch herausfordernden Zeiten.

29

30 Dafür setzen wir uns ein:

31

32 1. Wir wollen die Inflation bekämpfen. Inflation verschärft soziale Ungleichheit
33 und bestraft vor allem „kleine“ Sparerinnen und Sparer sowie niedrige
34 Einkommen. Unser Ziel ist es deshalb, die Inflationsrate innerhalb der
35 laufenden Legislaturperiode wieder auf ein Niveau zu senken, wie wir es vor
36 der Corona-Pandemie hatten.

37

38 2. Die Schuldenbremse wird ab 2023 wieder eingehalten. Die FDP versteht sich
39 als Wächterin ihrer Einhaltung während der gesamten weiteren
40 Legislaturperiode.

41

42 3. Zusätzliche Ausgaben erfordern entsprechende Einsparungen. Die neue
43 Prioritätensetzung in der Außen- und Sicherheitspolitik führt zu bislang nicht
44 vorhergesehen Kosten und Investitionsbedarfen. Die 100 Milliarden Euro, die
45 im "Sondervermögen Bundeswehr" angelegt werden, sollen daher soweit wie
46 möglich durch entsprechende Einsparungen anderer
47 Ausgaben gegenfinanziert werden. Die FDP-Bundestagsfraktion soll hierfür
48 einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten.

49

50 4. Die derzeitige Corona-Lage führt angesichts hoher Inzidenzen zwar weiterhin
51 zu einer Belastung, glücklicherweise jedoch nicht mehr länger zu
52 einer unmittelbar drohenden Überlastung des Gesundheitssystems.
53 Sämtliche mittlerweile unnötigen, pandemiebedingten Maßnahmen, die die
54 Wirtschaftstätigkeit in unserem Land beschränken und damit auch seine
55 Steuerertragsbasis unnötig reduzieren, sind deshalb schnellstmöglich zu
56 beenden. Als Folge werden auch keine Corona-Hilfen mehr benötigt. Diese
57 laufen zum 30. Juni 2022 aus und werden nicht verlängert. Gleiches gilt für
58 das Kurzarbeitergeld.

59

60 5. Bargeld ist gedruckte Freiheit. Die FDP wendet sich gegen jegliche
61 Bestrebungen, den Bargeldverkehr weiter zu beschränken.

62

63 6. Die Kursentwicklungen von Edelmetallen, Kryptowährungen und anderer
64 Anlagen sind wichtige Signale für die Geldpolitik. Die FDP ist Garant für einen

65 freien Handel dieser Anlagen bei gleichzeitiger Einhaltung von
66 Sanktionsbestimmungen.

67

68 Die Null- und Minuszins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat eine
69 expansive Kreditvergabe vorangetrieben und in ihrer Folge die Inflation beschleunigt.

70 Die FDP tritt für eine schrittweise Abkehr von dieser Politik ein, um die
71 Geldwertstabilität wieder zu erhöhen.

72

73 Begründung:

74

75 Erfolgt mündlich